

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltsrede ist traditionsgemäß für den Bürgermeister die Gelegenheit, ausführlich die Finanzlage und die Entwicklung der Stadt vorzustellen.

Ich habe Sie zu Beginn der Sitzung darum gebeten, sich kurz zu fassen, damit wir nicht unnötig lange mit der Maske verbringen müssen und wir das Infektionsrisiko nicht durch die Dauer unserer Zusammenkunft erhöhen. Deshalb werde ich meine erste Haushaltsrede sehr kurz halten und auch unser Kämmerer Kai Schöttler hat versprochen, sich bei der Vorstellung des Zahlenwerks auf das Wesentliche zu beschränken.

Was in den nächsten Jahren durch die Folgen der Corona-Pandemie noch auf uns zukommt, können wir nur erahnen. Man muss aber kein Hellseher sein, um eine Verschlechterung der Finanzlage voraussagen zu können. Diese Aussicht, aber auch die Entwicklung unserer Einwohnerzahlen, fordern uns zu einer vorsichtigen und nachhaltigen Haushaltswirtschaft auf.

Der diesjährige Haushaltsplanentwurf 2021 passt mit einem Rekordinvestitionsvolumen von über 6 Mio € jedoch offensichtlich nicht zu dieser Entwicklung und es stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit und einer vorausschauenden Finanzplanung.

Da gibt es die gesetzlich vorgeschriebenen Investitionen, z.B. im Abwasserbereich oder beim Brandschutz aber auch die freiwilligen und wünschenswerten Investitionen, die zum Teil bereits im letzten Jahr mit Blick auf in Aussicht stehende Zuweisungen beschlossen worden sind. Kai Schöttler wird gleich näher darlegen, wie sich diese Summe zusammensetzt.

In den Haushaltsplanberatungen, die nun vor uns liegen, werden wir jede geplante Investition noch einmal hinterfragen, ob sie wirklich sein muss, ob sie uns weiterbringt und welche Folgewirkungen sie hat und zwar nicht nur auf den Haushalt, sondern auch auf Natur und Umwelt.

Beispielhaft einige Weichenstellungen, die wir mit diesem Haushaltsplanentwurf setzen:

Wir haben alle das gemeinsame Ziel, Neubürger/innen nach Marienmünster holen zu wollen. Mit den eingeplanten Haushaltsansätzen für die Schaffung eines Neubaugebietes in Vörden schaffen wir hierfür eine Voraussetzung. In der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen werden wir einen ersten Schritt zur Festlegung von Kriterien für die Planung des Baugebietes gehen, um dann möglichst zügig mit der Aufstellung des Bebauungsplanes beginnen zu können.

Um herauszufinden, wo in den Dörfern der Schuh drückt und wie wir die Orte zukunftsfähig aufstellen können, wollen wir ein sogenanntes „Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept“ erstellen lassen. Hierdurch wird es möglich, künftig auch Städtebaufördermittel für attraktive Maßnahmen zu erhalten.

Im Bereich Umwelt- und Naturschutz werden wir dieses Jahr zur besseren Verzahnung von Fahrrad- und Busverkehren eine Mobilstation auf dem ZOB in Vörden errichten. Hierzu erwarten wir eine Förderung von 90 %.

Schon seit Jahren wird ein Radweg zwischen Bellersen und Vörden bzw. Bredenborn gefordert. Der Radweg endet heute kurz hinter Abbenburg. Um hier auf Fördertöpfe zugreifen zu können, wollen wir gemeinsam mit der Stadt Brakel eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, die wir mit dem diesjährigen Haushalt finanzieren wollen.

Im Bauhof planen wir, auf mehr E-Mobilität und Akku-Geräte zu setzen und das CO2-neutrale Laden der Fahrzeuge und Geräte über eine eigene Photovoltaikanlage zu ermöglichen – auch dies mit einer entsprechenden Förderung.

Die Sportentwicklungsplanung beschäftigt uns seit 4 Jahren. Wir haben mit viel Aufwand eine Sportentwicklungsplanung mit Unterstützung eines renommierten externen Büros erstellen lassen. Alle vom Planer vorgeschlagenen Maßnahmen wurden von den Sportvereinen verworfen. Stattdessen erwartete man von der Politik eine Entscheidung. Die Aussicht auf großzügige Fördertöpfe führte zu Beschlüssen, mit denen man alle Vereine zufriedenstellen wollte. Die erhofften Zuwendungsbescheide blieben jedoch aus. Wir werden uns daher mit einer schlechteren Ausgangslage den Herausforderungen erneut stellen müssen. Die Beratungen zu diesem Thema werden nicht leicht und wir werden es nicht allen recht machen können, denn wir tragen eine thematisch breitgefächerte Verantwortung. Vielleicht hilft uns dabei der Satz eines unbekanntes Autors: „Entscheidungen auf der Grundlage von Vermeidungen sind die Probleme von Morgen“.

Wir haben mit dem diesjährigen Haushaltsplanentwurf die Haushaltsmittel für

- den Ausbau der Digitalisierung der Verwaltung,
- die Planung eines Wohnmobilhafens,
- weitere Hochwasserschutzmaßnahmen,
- die beschlossenen Dorferneuerungsmaßnahmen,
- die Förderung der Jugendarbeit,
- Umstellung auf E-Mobilität,
- Sanierung von Gemeindestraßen,
- die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes,
- große Investitionen in die Feuerwehr,
- die Realisierung von Maßnahmen, die in Zukunftswerkstätten erarbeitet worden sind,
- Werbemaßnahmen zur Verbesserung der Außendarstellung der Stadt,
- und vieles mehr vorgesehen.

Was uns finanziell belastet, ist die Kreisumlage, die wegen der stark gestiegenen Soziallasten angehoben werden musste, der Rückgang der Einwohnerzahlen und die bevorstehenden Rückgänge bei den Steuereinnahmen - bedingt durch die Folgen der Bekämpfung der Corona-Pandemie - dies besonders in den Jahren nach 2021.

Die Folgen des Einwohnerrückgangs möchte ich Ihnen exemplarisch an den Schlüsselzuweisungen darlegen:

Jeder Einwohner weniger bedeutet nach derzeitigem Stand des Gemeindefinanzierungsgesetzes eine um rd. 750 € geringere Schlüsselzuweisung.

Fehlen uns in 20 Jahren tatsächlich die vorausberechneten 1.000 Einwohner, werden wir bei sonst gleichbleibenden Ausgangszahlen 750.000 € weniger Schlüsselzuweisung bekommen als heute. Gar nicht auszumalen, welche Folgen das für unsere Finanzen haben würde. Der bereits zu beklagende Einwohnerrückgang um 500 Einwohner von 2004 bis heute führt bereits jetzt zu einer um 375.000 € geringeren Schlüsselzuweisung.

Ich möchte damit deutlich machen, wie wichtig es ist, auf der einen Seite alles daran zu setzen, dass die negative Einwohnerentwicklung abgebremst wird und auf der anderen Seite alle städtischen Einrichtungen daraufhin zu überprüfen, ob sie tatsächlich nötig und finanzierbar sind und uns weiterhelfen, unsere Stadt auf Dauer attraktiv zu machen.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, die KGSt, schreibt in ihrem Positionspapier aus Dezember 2013 zum demographischen Wandel in kleinen Kommunen:

„Generell muss eine Kommune alle in die Zukunft reichenden Entscheidungen auf den Prüfstand stellen und auf ihre „Demographieverträglichkeit“ prüfen. Sehr deutlich wird dies beispielsweise bei Immobilienentscheidungen: Heute noch in ein Bauprojekt zu investieren, dem in absehbarer Zeit kein Bedarf mehr gegenübersteht, würde den Haushalt in Folgejahren unnötig belasten und Handlungsspielräume zugunsten anderer, dann dringlicherer Maßnahmen schmälern. Generationengerechtigkeit wird anhand solcher Entscheidungen vom bloßen Begriff zum tatsächlichen Tun!“

Der größte Block bei den laufenden Aufwendungen sind die Personalkosten, was auch jedes Jahr erneut in den Haushaltsreden festgestellt und teilweise kritisiert wird. Appelle, diese Aufwendungen zu senken, müssen jedoch stets mit einem kritischen Blick auf das Aufgabenspektrum und die Dienstleistungsorientierung verbunden sein. Wer Personalkosten senken möchte, muss auch sagen, welche Aufgaben und Dienstleistungen gestrichen werden sollen. Die Mitarbeiter/innen ihrerseits geben ihr Bestes und bei vielen fallen zahlreiche Überstunden an.

Wir alle sitzen im selben Boot. Politik und Verwaltung wollen unsere Stadt Marienmünster weiter voranbringen. Lassen Sie uns deshalb auch weiterhin gemeinsam in die gleiche Richtung rudern und uns als Partner und nicht als Gegenspieler verstehen.

Die vor uns liegenden Aufgaben und Entscheidungen sind gravierend. Wir können und werden nicht immer einer Meinung sein, nur das führt uns zu gut abgewogenen Ergebnissen. Das Miteinander in den letzten Jahren war sehr förderlich für das Ansehen der Stadt Marienmünster auch nach außen. Lassen Sie es uns so weiter halten.

In dem Sinne wünsche ich uns gute und fruchtbare Beratungen, der Entwurf des Haushaltsplanes dient uns als Arbeitsgrundlage. Bedanken möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt haben, besonders bei Kai Schöttler, der sicher den größten Anteil daran hatte.